

250.000 Euro Strafe angedroht:
Zahnärzte unterliegen wegen Budgetkampagne vor Gericht **2**

BZÄK-Präsident weist Behauptungen zurück:
Zu Wolfs Fehlinterpretation gehört „viel Chuzpe“ **3**

Kandidatur für KZBV-Vorstandsamt ohne „FVDZ-Segen“:
Ausschlussverfahren gegen Karlsruher KZV-Vorsitzenden **3**

Zahnmedizin

Karlsruher Konferenz 2002 (1):
Das Zusammenspiel von Bakterien und Immunsystem **5/6**

Osteologie-Symposium in Baden-Baden (2):
„Tissue engineering vom Praxisalltag noch ein gutes Stück entfernt“ **12**

Praxis aktuell

Steueränderungen:
Neue Fallstricke bei schrittweiser Praxisübergabe **17**

Wege und Strategien zum Praxiserfolg (1):
Gemeinsame Ziele geben Orientierung im Alltag **18**

Mehrkostenfähige und private Leistungen:
Wie sage ich es meinem Patienten – und wie sieht die Abrechnung aus **20**

Leserforum **19**

Die Spezialisierung im akademischem Titel – für mehr Erfolg in der Praxis

Die ersten Studiengänge der Donau-Universität Krems (DUK), die postgradual in fünf Semestern Zahnärzte zum Erwerb des akademischen Grades Parodontologie (MAS), Implantologie (MAS) oder Kieferorthopädie (MAS) führen, sind mit fast 200 teilnehmenden Zahnärzten erfolgreich angelaufen.

Die Studierenden, in der Regel bereits erfolgreiche Zahnärzte, sind vom Studienangebot so begeistert, dass sie bereits für die neuen Studiengänge – im Herbst beginnen Implantologie und Parodontologie, zum Jahreswechsel soll auch die KFO neu ausgeschrieben werden – eine ganze

terstützte der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, die Initiative der staatlichen österreichischen Universität, erstmals in Europa Zahnärzten postgradual und berufsbegleitend die Möglichkeit zur Weiterbildung zu öffnen. Er sieht „darin die Zukunft“.



Prof. Dr. Peter Raetzke mit einem Kursus der Postgradualen Universitätsstudien der Donau-Universität Krems.

Reihe von Kolleginnen und Kollegen zur Anmeldung empfohlen haben. Die neuen Studiengänge werden von anerkannten deutschen Universitätsprofessoren als wissenschaftliche Leiter betreut – für die Parodontologie von Prof. Dr. Peter Raetzke, Universität Frankfurt (Main), und für die Implantologie von Prof. Dr. Gisbert Krekeler.

In einem Gespräch mit der DZW – Die Zahnarzt Woche un-

Natürlich nicht, so Weitkamp, als „Zwangsbildung“, aber auf der Grundlage einer persönlichen Entscheidung des Zahnarztes, eine Spezialisierung anzustreben.

Es gibt viele Gründe für eine Spezialisierung, besonders in der Gemeinschaftspraxis und Praxisgemeinschaft, aber auch für den Einzelkämpfer. Zum einen, weil der Patient es will. Dieser sucht zunehmend den Spezialisten, (Fortsetzung auf Seite 2)

Wettbewerb, CDU oft vieles, FDP will Wahl

Die vergangene Woche haben die Parteien genutzt, um ihre Wahlprogramme für eine künftige Gesundheitsreform – sie müssen jeweils noch von den Parteitagen abgesegnet werden – zu präsentieren. Danach will die SPD, so erklärte die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in der vergangenen Woche, die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) nicht abschaffen (wie es die SPD-nahen Experten gefordert hatten), sondern neben den Sachleistungs-/Kollektivverträgen auch Einzelverträge mit besonders „qualifizierten Ärzten und Zahnärzten“ ermöglichen, die ein „festgelegtes Qualitätsniveau garantieren“.

Die Union tat sich schwer, ein gemeinsames Programm von CDU und CSU vorzulegen, und plädiert nun dafür, dass die Versicherten wählen können sollen zwischen „Grund- und Wahlleistungen“ (CDU-Vorstellungen) oder „Selbstbehalttarifen“ (CSU-Vorstellungen). Nur die FDP setzt auf Wahltarife und Wettbewerb auf allen Ebenen, fordert die Abschaffung des Kollektivvertrags durch die KZVen und Kostenerstattung statt Sachleistung. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), vertreten durch ihren neuen Vorsitzenden Dr. Rolf-Jürgen Löffler, sieht in den SPD-Gesundheitsreformplänen (siehe Kasten Seite 4) nur „Bürokratie, Regulie-

rungen, Strangulierung statt Souveränität, Wettbewerb und Liberalisierung“.

Gesetzlich Versicherten soll nach dem Willen von Gesundheitsministerin Schmidt der Wechsel in die private Krankenversicherung künftig erschwert werden. Schmidt vor der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Ich möchte, dass jüngere Menschen am Anfang des Berufslebens länger in der GKV bleiben.“ Höhere Beiträge für Besserverdiener und Beiträge auf Zinsen oder Mieteinkünfte lehnte sie ab. „Krankenkassen sind keine Finanzämter und außerdem trifft es vor allem die Mittelschicht.“

Im europäischen Vergleich, so Schmidt, habe Deutschland hohe

Lesen Sie in der neuen Ausgabe des DZW Spezial

- Zur Sache:
In der restaurativen Zahnheilkunde sind „Patient“ und „Kunde“ kein Widerspruch
- AG Keramik zu Teilkronen aus Vollkeramik
- Indikationsorientiert und hochwertig: Goldfüllungen
- Minimal-invasiv präparieren
- Tipps für die Dentalfotografie in der Praxis
- Materialien, Produkte und Verfahren für die restaurative Zahnheilkunde



Bundeswehr will bei der Zahntechnik sparen: Zahnersatz für Soldaten ab Juli aus Polen

Deutsche Soldaten sollen künftig aus Kostengründen polnischen Zahnersatz erhalten. Das Verteidigungsministerium plant nach Informationen der Bild-Zeitung ein Pilotprojekt in den Marinestandorten Tarp (Kreis Flensburg) und Bremerhaven: Brücken und Kronen sollen ab Juli über einen deutschen Zwischenhändler aus polnischen Dentallaboren beschafft werden. Eine Sprecherin des Ministeriums bestätigte, dass die Zahnärzte der Bundeswehr zu einer „sparsamen Verwendung von Haushaltsmitteln“ angehalten worden seien.

Whitestrips
Exklusiv
Gm ZB MED
Medical & Dental Service GmbH
56203 Höhr-Grenzhausen
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
Fax: 0 26 24 - 94 99 29